



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/220 - 23.9.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

Die große Chance der freien Welt	S. 1
Belgien und die Kriegsverbrecherfrage	S. 3
Sowjetmanöver in der Sowjetzone	S. 4
Zum Mißbrauch der Kolping-Versammlungen	S. 5
Rademachers Richter	S. 6

Berlin im Brennpunkt der Weltpolitik

Von Ernst Reuter

Das soeben in der arani Verlags-GmbH. in Berlin im Auftrage des PV von Arno Scholz, Chefredakteur des "Telegraf" und Walther G. Oschilewski herausgegebene Buch "Weg und Ziel" behandelt die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie in der Nachkriegszeit. Im folgenden geben wir auszugsweise einen Artikel von Ernst Reuter wieder, der die besondere Bedeutung Berlins im Freiheitskampf der deutschen Demokratie hervorhebt:

Wer heute auf die Ereignisse der letzten sieben Jahre zurückblickt, kann sich - ob er will oder nicht - des Eindrucks kaum erwehren, daß sich während dieses Zeitabschnittes die Geschichte nicht nur Deutschlands, nicht nur Europas, sondern der Welt oftmals auf Berlin verdichtete: In den Mauern dieser vom zweiten Weltkrieg schwer gezeichneten Viersektorenstadt, die stets als die "heimliche Hauptstadt" unseres Vaterlandes bezeichnet wird und die - soll die deutsche Geschichte ihren Sinn nicht verlieren - in absehbarer Zeit die Hauptstadt eines in Freiheit geeinten Deutschlands wieder werden muß, fanden die welterregenden Auseinandersetzungen zwischen "West" und "Ost" zweifelsohne ihren sichtbarsten Ausdruck. Bei objektiver Prüfung aller Faktoren, die in der Auseinandersetzung um die Neugestaltung der Welt heute wirksam sind und möglicherweise morgen wirksam werden können, hat es den Anschein, als ob die Periode der geschichtlichen Verdichtung des Weltgeschehens auf Berlin ihren Abschluß noch nicht gefunden hat. Man wird sich vielmehr damit abfinden und - was weit wichtiger ist - in jeder Hinsicht darauf einstellen müssen, daß die Berliner, die in der jüngsten Vergangenheit durch das Beispiel

ihres nimmermüden Einsatzes für die Erhaltung der Freiheit und Demokratie Zaudernde anfeuernden und Zweifelnde überzeugten, neuen Belastungsproben ausgesetzt werden und wiederum schweren Kämpfer entgegengehen.

Es ist - und wer wollte daran zweifeln? - menschlich nur allzu verständlich, wenn die Berliner nach sieben Jahren wahrhaft heroischen Widerstandes sowohl gegen die Verlockungen als auch gegen die Drohungen aus dem Osten heute nachdrücklicher denn je die Forderung erheben, daß sich die Menschen jenseits des Eisernen Vorhangs, vor allem jedoch die Deutschen in der Bundesrepublik, endlich wirklich ernsthaft darum bemühen, den Sinn und die historische Bedeutung ihres Kampfes für den weiteren Ablauf der Geschichte der Menschheit zu begreifen - eines Kampfes der sich im Materiellen ja keineswegs erschöpft, sondern im Bereich des Moralisch-Sittlichen täglich seinen Niederschlag findet. Sinn und Bedeutung des Freiheitskampfes der Einwohner Berlins begreifen, setzt jedoch voraus, daß die mehr oder weniger deutlich spürbare Resignation müden Geschehenlassens überwunden wird, und heißt, den west-östlichen Kraftlinien der Geschichte nachspüren, um die Quellen der Stärke der freien Welt, für die Berlin Symbol ist, freizulegen. Die Quellen der Stärke der freien Welt liegen - und das möchte ich als Berliner hier mit Nachdruck betonen - nicht nur in ihrer materiellen Überlegenheit gegenüber dem bolschewistischen System und den sogenannten Volksdemokratien: Sie sind vielmehr vor allem auch in uns selbst, in unserer Überzeugung, daß der Mensch allein in Freiheit atmen kann, in unserem Gefühl für die Würde des Menschen und unserem Glauben an die Macht der uns beseelenden Idee, daß Recht vor Gewalt geht, zu suchen.

Die Berliner sehen sich nicht erst seit heute zwei brennenden Problemen gegenübergestellt: Der Arbeitslosigkeit und dem Flüchtlingsproblem. Weder das eine noch das andere Problem kann ohne die Hilfe der Bundesrepublik Deutschland und ohne die Unterstützung der freien Welt gelöst werden. Das gilt insbesondere für das Problem der Flüchtlinge, zumal der Strom dieser bedauernswerten Menschen sich gerade in den letzten Wochen fast täglich vermehrt hat. Die Frage der Unterbringung, der Verpflegung, der Betreuung und der Weiterbeförderung dieser aus der Sowjetzone flüchtenden Frauen, Männer, Jugendlichen und Kinder muß auf europäischer Ebene behandelt werden, und das so rasch wie möglich. Die Arbeitslosigkeit kann in Berlin nur dann auf ein erträgliches Maß herabgedrückt werden, wenn sich die Bundesrepublik Deutschland und

die Völker jenseits des Eisernen Vorhangs klar darüber sind, daß jeder Auftrag, den sie in dieser Stadt vergeben, dazu beiträgt, die Position Berlins als Vorposten der westlichen Welt zu stärken, und daß jede Mark, für die sie Waren in Berlin kaufen, ein Beitrag zu ihrer eigenen Verteidigung ist. So und nicht anders kann und muß den Berlinern geholfen werden. Über die dringende Notwendigkeit einer solchen Hilfe ist nun lange genug diskutiert und memoriert worden. Die Berliner wollen endlich Taten sehen; denn nur Taten können ihnen, wenn überhaupt, noch imponieren. Sie wollen keine Almosen empfangen, sondern Arbeit.

Die Berliner wissen natürlich sehr genau, daß alle Probleme, die sich in den Mauern ihrer Stadt auftürmen, erst dann einer wirklichen Lösung zugeführt werden können, wenn die Einheit Deutschlands in Freiheit wiederhergestellt ist und Berlin die Funktionen der Hauptstadt eines demokratischen Deutschlands wieder aufnehmen kann. Es ist deshalb auch nur selbstverständlich, daß die Berliner jeden, der in ihre Stadt kommt, nicht nach dem beurteilen, was er in schönen Reden über die wieder herzustellende Einheit Deutschlands sagt, sondern was er dafür zu tun bereit ist. Die Berliner wehren sich dagegen, Objekt einer Außenpolitik zu sein, deren offensichtliche Unzulänglichkeit ihnen jeden Tag vor demonstriert wird. Sie wenden sich mit der aus der besseren, weil tiefere gehenden Kenntnis um die historischen Zusammenhänge unserer Zeit geborenen Leidenschaft gegen jeden auch noch so gutgemeinten Versuch, den möglichen Ablauf des Geschehens in der nahen Zukunft nur unter dem Gesichtswinkel einer angeblich nicht mehr umzustößenden "Zeittafel" zu betrachten. Sie erwarten vielmehr, daß jede sich bietende Möglichkeit, das Schicksal Deutschlands und damit das Schicksal ihrer Stadt zu wenden, ausgenutzt wird.

Die Berliner sind in diesem Sinne, und nicht nur in diesem Sinne allein, das Gewissen des ganzen deutschen Volkes und darüber hinaus der gesamten freien Welt. Sie haben in den vergangenen sieben Jahren für Deutschland und damit für Europa und den Westen überhaupt in ihrer unpathetischen Art eine Aufgabe, besser gesagt: Eine Mission erfüllt, über deren historische Bedeutung kommende Generationen erst ein abschließendes Urteil werden fällen können. Wie dem jedoch auch immer sei: Die Berliner werden sich, solange ihre Stadt Zentrum der weltweiten Auseinandersetzung zwischen "West" und "Ost" ist, dieser Mission stets bewußt bleiben. Sie erwarten dafür weder Dank noch Lob; sie hoffen allerdings, daß sich die freie Welt in ihrer Gesamtheit der Verpflichtung, die sie Berlin gegenüber hat, noch stärker als bisher bewußt wird. Die Erfüllung dieser Verpflichtung ist ein Zeichen dafür, ob die freie Welt die Chance, die Berlin ihr bietet, im Interesse des Friedens zu wahren gewillt ist.

Bredendonck

Man schreibt uns aus Brüssel:

Nicht nur in Deutschland zeigten gewisse Kreise des wohlhabenden Bürgertums "volles Verständnis" und begnadigende Milde gegenüber den Kriegsverbrechern. Auch in Belgien versucht eine sich christlich-sozial nennende Regierung, die furchtbaren Verbrechen, die in den Konzentrationslagern verübt worden sind, durch Begnadigungsakte zu liquidieren. Immerhin sieht sie sich dabei nicht nur dem Widerstand der Sozialisten und Gewerkschaften gegenüber, sondern auch dem jener bürgerlichen Kreise, die in der Bekämpfung der hitlerischen Besetzung eine selbstverständliche nationale Pflicht sahen und in der strengsten Bestrafung derjenigen, die die in den auf belgischem Boden errichteten Konzentrationslagern Festgesetzten marterten und mordeten, eine unabweisliche Pflicht aller anständigen Menschen.

Ein Wort, ein Name taucht bei diesen Auseinandersetzungen über Begnadigung oder Nichtbegnadigung der belgischen Kriegsverbrecher immer wieder auf: Bredendonck. Bredendonck war das belgische Dachau oder Buchenwald. In diesem alten, zwischen Brüssel und Antwerpen gelegenen Fort tobten sich belgische SS-Leute unter Kommando deutscher SS-Offiziere gegen die eigenen Landsleute aus. Die Insassen des meist überfüllten Lagers waren nicht zuletzt belgische Arbeiter. So berichtete in einer Versammlung der Brüsseler Gewerkschaft der Straßenbahner der Vorsitzende, wie er selbst und zwanzig Straßenbahner eines Tages nach Bredendonck geschafft, wie sie dort geschlagen, gemartert wurden, wie sie Zeuge der Totschläge an belgischen Juden und Liberalen wurden.

Man sollte auch in Deutschland das Wort Bredendonck nicht so schnell vergessen. Man sollte es vor allen nicht vergessen, wenn man Amnestie für die noch in alliierten Gefängnissen befindlichen Deutschen fordert. Man sollte immer fragen, warum jene Deutschen dort sitzen. Sind es Schergen Bredendoncks oder eines der übrigen vielen Marterlager, die Hitler in Belgien, Holland, Frankreich, im gesamten besetzten Gebiet errichten ließ, und sind sie ihrer Verbrechen einwandfrei überführt, dann ist eine Amnestie nicht am Platze.

Wenn heute noch die Vereinigungen der ehemaligen Gefangenen Bredendoncks, die Widerstandskämpfer, die Vereine der Witwen der in den hitlerschen Konzentrationslagern gemordeten Belgier aufmarschieren und sich aufs schärfste gegen die Amnestierung der Schergen von Bredendonck wenden, dann sollte diese Welle der Entrüstung, die sich gegen die belgische Regierung erhoben hat und schon den Rücktritt des Justizministers erzwang, zu denken geben. Bredendonck ist wie Dachau, Buchenwald und alle anderen Namen der Konzentrationslager noch lange nicht Vergangenheit geworden für die, die darin gelitten haben.

+ + +

Sowjetmanöver in den deutschen Ostgebieten

O.H. Wie die exilpolnische Telegrafagentur PAT meldet, beginnen demnächst in den polnisch verwalteten deutschen Oder-Neiße-Gebieten und in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands große sowjetische Truppenmanöver. Zu diesem Zweck sind bereits starke sowjetische Einheiten aus Rußland in die Gebiete der Oder-Neiße verlagert worden.

Selbstverständlich werden auch die in der Sowjetzone stationierten sowjetrussischen Truppen an den Manövern teilnehmen. Das Gros stellt jedoch die polnische Armee, von welcher mehrere Divisionen zum Einsatz kommen. Außerdem nehmen an den Manövern Einheiten der tschechischen Armee und einige ungarische Truppenteile teil. Zum erstenmal werden auch die als Volkspolizei getarnten Truppen der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands zu den Sowjetmanövern herangezogen, deren einzelne Bereitschaften bekanntlich mit Panzern und Artillerie ausgerüstet sind.

Diese Manöver werden die größten sein, die bisher von Sowjettruppen in diesen Gebieten durchgeführt wurden. Wenn man bedenkt, daß zur gleichen Zeit auf der Ostsee Manöver der Marine-Einheiten der Staaten des Nordatlantikpaktos stattfinden und polnischerseits in letzter Zeit fieberhaft Befestigungsarbeiten längs der Ostsee durchgeführt wurden, so ist erkenntlich, welche große Bedeutung die Sowjets dieser militärischen Aktion beimessen. Die Organisation und Vorbereitung der Manöver wird von dem an der Spitze der polnischen Armee stehenden Sowjet-Marschall Rokossowski durchgeführt.

+ + +

Aufschlußbereiche Entgleisung des Bundesarbeitsministers

H.H. In diesen Tagen häufen sich in Süwestdeutschland die unter falscher Flagge durchgeführten Propaganda-Aktionen maßgebender CDU-Kreise, die uns einen Vorgeschmack davon geben, mit welchen Mitteln man die Bundestagswahl trotz verfehlter Wirtschaftspolitik und gewagter Außenpolitik zu gewinnen denkt. Studienräte und andere Hüter der Kultur, die den "Schrecken der Entnazifizierungszeit" gut überstanden und auf den "rechten Weg" der CDU eingeschwenkt sind, agitieren nun auf großen Männerwallfahrten im Schwarzwald und ähnlichen Veranstaltungen gegen die Stuttgarter Regierung und mahnen zur "Wachsamkeit bei der kommenden Bundestagswahl", bei der es "ums Ganze" und - wieder einmal! - um die Religion gehe.

Besonders kraß wurde die Kulissenarbeit der CDU bei der Hundertjahrfeier der Kolpingfamilie in Freiburg offenbar, zu der Tausende von Kolpingsöhnen, auch viele, die nicht der CDU angehören, erschienen. Mit Erstaunen vernahmen sie da, daß ihnen das Losungswort der Feier "Vom Vaterhaus zum Vaterland" dahin verdolmetscht wurde, sie hätten sich politisch zu aktivieren, da das kommende Jahr mit den Bundestagswahlen ein Jahr der Entscheidungen für ganz Europa sei. Wie die geforderte Aktivität wirksam werden soll, geht daraus hervor, daß in diesem Zusammenhang der Eindruck erweckt wurde, daß die Koalitionsparteien von Baden-Württemberg (SPD, FDP und BHE) die religiöse Unterweisung der heranwachsenden Jugend gefährden und darum bekämpft werden müßten.

Noch befremdender war das Auftreten des Bundesarbeitsministers Storch, der sich in einer "Festrede" zu dem Ausruf verstieg, die Kolpingsöhne sollten es sich einmal überlegen, warum es den Freidenkern bürgerlicher und proletarischer Art (!) gelungen sei, in Stuttgart eine vorwiegend nichtchristliche Regierung zu bilden. Außerdem sprach Storch noch von der für das kommende Jahr zu erwartenden Wahl zur Selbstverwaltung der Sozialversicherung, die mehr als ein Fünftel des Volksvermögens verwalte. In recht dunklen, bei einem ehemaligen Gewerkschaftsfunktionär sonderbar berührenden Wendungen betonte Storch, es werde sehr auf die Haltung der Christen ankommen, ob in den Selbstverwaltungskörpern ein christlicher oder materialistischer Geist herrschen werde. Der Landesvorsitzende der badischen CDU, Anton Dichtel, brachte das Anliegen seiner Freunde noch drastischer zum Ausdruck, indem er betonte, die Toleranz gewisser Parteien gegen Christentum und

Religion sei schlimmer als ein Kampf mit offener Visierstellung. Der Kampf mit offenem Visier ist sonst ja nicht immer nach dem Geschmack der CDU-Streiter; wir glauben aber gerne, daß ihnen eine Zeit des weltanschaulichen Friedens weniger zusagt als eine Ära der Verfolgung, bei der sie propagandistisch gewinnen.

Storchs Rede und die übrigen Ansprachen, die wenig mit christlicher Gesellenfürsorge, aber stark mit Parteipolitik angefüllt waren, zeigen schon jetzt den Kurs der CDU-Propaganda zur Bundestagswahl. Die Herren wissen, daß das geistige Ringen diesmal hart und die Chance der Opposition angesichts der wirtschaftlichen und politischen Fehlleistungen groß ist. Darum gehen sie auf Schleich- und Umwege, beschwören wieder "Gefahren für die Religion" und agitieren, da der Kredit ihrer Firma nicht mehr unerschütterter ist, stellenweise unter anderem Namen. Dagegen wird sich die beschimpfte Opposition im Bewußtsein ihres Rechts zu wehren wissen.

+ + +

Sensible Massenmörder

Seele ist in der Justiz nicht gefragt. Sie würde die saubere Ordnung der Paragraphen stören, die fein unterschiedlich die Missetäter nach Mordraub, Einbruch, Totschlag, Mord... gliedern und für alle Delikte Strafe und Strafmaß wohl abgewogen bereithalten. Das Gemüt wird bestenfalls einmal von einem psychiatrischen Sachverständigen begutachtet, den man dann möglicherweise noch als Störung empfindet, weil er die harmonische Paragraphenordnung erschüttern könnte.

Bei den Massenmorden des Naziregimes allerdings scheint diese Ordnung ohnehin etwas durcheinander geraten zu sein. Da stehen auf einmal die Paragraphen wie unsichere Fragezeichen nebeneinander, und es scheint, als kapituliere unsere Justiz vor der unfaßbaren Gewalt der geschehenen Verbrechen, die in ihrem vollen Ausmaß zu erkennen und abzuurteilen vielleicht über die Kraft manches Richters geht.

Vielleicht entsteht aus solcher Haltung die Neigung zu verkleinern und milde Urteile zu sprechen, wie das von drei Jahren und fünf Monaten Gefängnis für Franz Rademacher, der des Totschlages an 1300 serbischen Juden angeklagt war. Obendrein entließ man dann Rademacher aus dem Gefängnis, und gab ihm Gelegenheit zur Flucht. Der gleiche Landgerichtsdirektor, der jenes milde Urteil sprach, begründete die Freilassung damit, daß Massentotschläger Rademacher ein "sensibler Mensch" sei, der die Haft nicht ertrage. Der Verteidiger Rademachers hatte für die Unauffindbarkeit seines Klienten eine andere Entschuldigung bereitet, nämlich daß Rademacher ja schließlich mal unherfahren müsse, um eine Beschäftigung zu finden.

So spielt also doch gelegentlich die Seele eine Rolle, wie hier, wo der Richter der Sensibilität des Mörders Rechnung trägt. Der psychiatrische Sachverständige wird unentbehrlich sein in diesem Prozeß, auch wenn der Täter unauffindbar bleiben sollte ...

R.G.